

B-17

Titel	Duale Berufsausbildung fit für die Zukunft machen
AntragstellerInnen	Ludwigsburg gemeinsam mit Böblingen, Esslingen
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag/Landesdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg, Juso Bundeskongress, SPD Bundesparteitag

 angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Duale Berufsausbildung fit für die Zukunft machen

1 Berufsausbildung in Deutschland ist vielfältig. Es gibt Ausbildungen in wirtschaftlichen Bereichen wie Drogerie-
2 tinnen, Industrieunternehmen bilden in technischen Berufen Industriemechanikerinnen und in IT-Bereichen
3 Fachinformatiker aus. Handwerksbetriebe ermöglichen der Bäckerin, soziale Einrichtungen dem Altenpfleger
4 einen Einstieg in das Berufsleben. Wir haben seltene Ausbildungsberufe wie Milchtechnologinnen, Fischwirte
5 und Hörgeräteakustikerinnen.

6 Alle 327 in Deutschland anerkannten Ausbildungsberufe stehen vor großen Herausforderungen. Mehr junge
7 Menschen ziehen ein Studium einer Ausbildung vor, weniger Betriebe bilden selbst aus und die duale Ausbil-
8 dung wird weiter akademisiert. Auf der anderen Seite haben auch Auszubildende berechnete Forderungen,
9 sie wünschen sich beispielsweise qualifiziertes Ausbildungspersonal, eine faire Ausbildungsvergütung und fle-
10 xible Ausbildungszeiten. Ebenso bringen die Veränderungen im Arbeitsleben durch die Digitalisierung neue
11 Herausforderungen für eine gute Ausbildung mit sich.

12 Wir Jusos haben deshalb Forderungen, wie die Qualität der Ausbildung verbessert werden, wie duale Studien-
13 gänge als betriebliche Ausbildung anerkannt werden sollen und wie das duale System der Berufsausbildung
14 in Deutschland eine stärkere gesellschaftliche Akzeptanz und Wahrnehmung erhält.

15 **Zukunftsorientiertes Ausbildungspersonal**

16 Einer der wichtigsten Aspekte innerhalb der Ausbildung ist die Zukunftsorientierung. Viele Auszubildende ler-
17 nen im Rahmen ihrer betrieblichen Ausbildung an Maschinen aus dem letzten Jahrtausend. Neben der fehlen-
18 den technischen Ausstattung sind auch AusbilderInnen nicht immer ausreichend qualifiziert. In den Betrieben
19 muss das Ausbildungspersonal auf die Inhalte vorbereiten, die die Auszubildenden für einen zukunftsorien-
20 tierten Abschluss benötigen. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass wir in 2030 noch Fachkräfte für die
21 anfallende Arbeit haben.

22 Wir fordern daher:

- 23 • Die AusbilderInnen müssen sich in den Betrieben mit Angeboten über die Kammern und die Sozialpart-
24 ner konsequent weiterbilden, um auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein.

25 [nur LDK & LPT]

26 Dieser Aspekt ist allerdings nicht nur im Betrieb wichtig. In Baden-Württemberg wurde durch das damals SPD-
27 geführte Wirtschaftsministerium die Initiative „Lernfabrik 4.0“ an Berufsschulen gestartet. Mit dem gezielten
28 Programm sollen jungen Menschen auf das Themenfeld Industrie 4.0 vorbereitet werden. Mittlerweile werden
29 die ersten Maschinen in Berufsschulen aufgebaut. Damit ist es allerdings nicht getan. Die Lehrkräfte müssen
30 wissen, wie die Maschinen zu bedienen sind und wie eine vernetzte Fertigung im Unterricht Auszubildenden
31 vermittelt werden kann. Die Lehrkräfte haben bisher allerdings zu wenig Zeit und Unterstützung, um diese
32 wichtigen Themen für die Zukunft junger Menschen vorzubereiten und anschließend zu vermitteln.

33 Wir fordern daher:

- 34 • Das Kultusministerium Baden-Württemberg muss Lehrkräften ausreichend Zeit und Materialien zur
35 Verfügung stellen, damit SchülerInnen und Auszubildenden diese wichtigen Themen vermittelt werden
36 können.

37 [/nur LDK & LPT]

38 **Moderne und kostenfreie Ausbildungsmittel**

39 Gute Bildung darf nicht vom eigenen Einkommen abhängen. Daher ist in den Landesverfassungen die Lehr-
40 mittelfreiheit für Berufsschulen geregelt. Weiterhin regelt das Berufsbildungsgesetz die Kostenübernahme
41 von Lehrmitteln durch die Auszubildenden. In Schulen werden häufig nur veraltete Bücher angeboten, und in
42 Betrieben werden bei Weitem nicht alle benötigten Ausbildungsmittel bereitgestellt. Dual Studierende und
43 Auszubildende müssen daher große Summen für Bücher oder Skripte aufwenden, um effektiv am Unterricht
44 teilzunehmen.

45 Wir fordern daher:

- 46 • Eine klare Regelung zur Übernahme der Kosten für alle notwendigen Ausbildungsmittel und moderne
47 Geräte, die im Rahmen einer Berufsausbildung benötigt werden. Diese Kosten sind durch die Arbeitge-
48 berInnen einerseits und das Land andererseits zu tragen.

49 **Faire Zeiten für eine qualifizierte Ausbildung**

50 Auszubildende besuchen zum erfolgreichen Erreichen des Ausbildungsziels die Berufsschule. Dafür müssen
51 sie vom Arbeitgeber freigestellt werden. Im Jugendarbeitsschutzgesetz ist die Anerkennung der Berufsschul-
52 zeit als Ausbildungszeit geregelt, wenn die Schule mindestens 5 Schulstunden dauert. Das Gesetz gilt allerdings
53 nur für minderjährige Auszubildende. Außerdem ermöglicht es Ausbildungsbetrieben einen Gestaltungsspiel-
54 raum, wodurch manche Auszubildende die Berufsschule in ihrer Freizeit besuchen müssen.

55 Wir fordern daher:

- 56 • Es muss gesetzlich sichergestellt werden: Berufsschulzeit ist Ausbildungszeit. Die Zeiten sind für uns
57 dabei unter anderem: Wegezeiten, Schulunterricht und Pausen in der Berufsschule.
- 58 • Alle Auszubildenden müssen bei den Zeiten der schulischen Ausbildung gleichgestellt werden. Dazu
59 sollen die Zeiten der schulischen Ausbildung für alle Auszubildende, unabhängig vom Alter, voll auf die
60 Ausbildungszeit angerechnet werden.
- 61 • Für alle Auszubildenden müssen die Zeiten der schulischen Ausbildung, unabhängig von der Bestim-
62 mung der regelmäßigen Lage der Ausbildung durch Auszubildende, voll auf die Ausbildungszeit ange-
63 rechnet werden.

64 Über die Inhalte in diesen Zeiten in der Berufsschule und über die absolvierte betriebliche Ausbildung werden
65 Nachweise geführt. Bisher ist das Führen der Ausbildungsnachweise, gemeinhin als Berichtsheft bezeichnet, in
66 den einzelnen Ausbildungsordnungen geregelt. Da jede Ausbildungsordnung in Deutschland unterschiedlich
67 ist, sind auch die Regelungen zu Ausbildungsnachweisen verschieden. In den Mustern für Ausbildungsordnun-
68 gen sind Hinweise enthalten, dass ein Ausbildungsnachweis zu führen ist. Die Nachweise sind für Auszubilden-
69 de allerdings nicht weitreichend genug, um damit ihre absolvierte Berufsausbildung nachzuweisen.

70 Wir fordern daher:

- 71 • Eine einheitliche Aufnahme der Ausbildungsnachweise in das Berufsbildungsgesetz beziehungsweise
72 in die Handwerksordnung. Dort ist mit der eindeutigen Formulierung einerseits die Form klarzustellen,
73 andererseits muss dadurch geregelt werden, dass sie während der Ausbildungszeit zu erstellen sind.

74 **Ausbildende sind Auszubildende - Verpflichtende Qualifikation für Ausbildungspersonal** AusbilderInnen
75 in Deutschland müssen für diese Tätigkeit geeignet sein. Im Berufsbildungsgesetz (BBiG) und in der Hand-
76 werksordnung (HWO) sind daher Anforderungen an das Ausbildungspersonal geregelt. Es ist vorgeschrieben,
77 dass AusbilderInnen persönlich, fachlich und arbeitspädagogisch geeignet sein müssen. Es fehlt bisher eine
78 gesetzliche Definition dazu, wie die arbeitspädagogische Eignung aussieht und wie diese nachgewiesen wird.

79 Weiterhin gibt es keine Regelung zur Betreuungsquote zwischen Ausbildenden und Auszubildenden. Nur mit
80 klaren Vorgaben kann eine gute Ausbildung sichergestellt werden.

81 Wir fordern deshalb:

82 • Verpflichtende arbeitspädagogische Unterweisungen für Ausbildungspersonal, unabhängig davon, ob
83 haupt- oder nebenberufliche ausgebildet wird. Für nebenberufliche AusbilderInnen muss ein „kleiner
84 AdA-Schein“ geschaffen werden.

85 • Einen festen Schlüssel zwischen Ausbildenden und Auszubildenden, um eine gute Qualifikation von
86 Auszubildenden sicherzustellen. Die genaue Quote soll vom Hauptausschuss des Bundesinstituts für
87 Berufsbildung nach Ausbildungsberuf festgelegt werden, in welchem ArbeitgeberInnen, Gewerkschaf-
88 ten, Bund und Land gleichermaßen vertreten sind. Die Überwachung der ausreichenden Betreuung ist
89 Aufgabe der Kammern. Diese müssen hierzu das nötige Personal stellen, welches wiederum durch die
90 Berufsausbildungsausschüsse überwacht wird.

91 **Gute Ausbildung braucht klare Regeln**

92 In Gesundheits- und Pflegeberufen haben wir einen großen Fachkräftemangel. Eine Besserstellung dieser Aus-
93 bildungsberufe und eine damit verbundene Aufwertung und Qualitätsverbesserung sowie Vereinheitlichung
94 der Regelungen würde die Attraktivität dieser Berufszweige wieder deutlich erhöhen. In einer Gesellschaft mit
95 einem größer werdenden Dienstleistungssektor und zunehmenden Anzahl an älteren Menschen ist das für
96 uns nur konsequent.

97 Wir fordern deshalb:

98 • Die Gesundheits- und Pflegeberufe ins Berufsbildungsgesetz aufzunehmen.

99 • Derzeit sind in vielen dieser Berufe der praktische und theoretische Teil voneinander getrennt, sodass
100 es Übergangsmodelle geben muss, die das duale Ausbildungssystem nach und nach etablieren.

101 In Deutschland werden viele und vor allem sehr unterschiedliche Formen von praxisnahen Studiengängen
102 als „duales Studium“ bezeichnet. Junge Menschen, die ein duales Studium beginnen, haben unterschiedliche
103 Zeiten an denen sie an der Hochschule studieren und Zeiten, in denen sie in Betrieben und Einrichtungen
104 praxisnahe Erfahrungen sammeln können. Bei manchen dieser Kooperationen sind die Studierenden gleich-
105 zeitig Auszubildende, die am Ende einen Ausbildungsabschluss und einen Studienabschluss erlangen. Es feh-
106 len allerdings einheitliche Regelungen zu diesen Formen der Kooperation zwischen Hochschule, Betrieb und
107 Berufsschule und gesetzliche Regelungen zum Status der jungen Menschen.

108 Wir fordern deshalb:

109 • Im Berufsbildungsgesetz/In der Handwerksordnung muss der Status von dual Studierenden geregelt
110 werden. Nur dadurch erhalten diese jungen Menschen denselben Anspruch auf Lernmittel und quali-
111 fiziertes Ausbildungspersonal.

112 • In der Kultusministerkonferenz müssen sich die unterschiedlichen Länder auf klare Eckpunkte für ein
113 duales Studium einigen. Es muss sichergestellt werden, dass in unterschiedlichen Bundesländern die
114 gleichen Inhalte im gleichen Studiengang bearbeitet werden, und Verknüpfungen zwischen Theorie und
115 Praxis im dualen Studium stattfinden. Nur dadurch kann das duale Studium denselben Vorbildcharak-
116 ter wie das System der dualen Berufsausbildung einnehmen.

117 **Ausbildung als Einstiegsperspektive**

118 Viele junge Menschen fühlen sich nach dem Abitur dazu gezwungen, ein Studium zu beginnen. Das liegt vor
119 allem an den Befürchtungen späterer Einbußen in der beruflichen Karriere. Außerdem fehlt in der Gesellschaft
120 eine Akzeptanz für die Aufnahme einer Ausbildung nach dem Abitur. Daher muss vor allem bei Schulen damit
121 begonnen werden, wieder stärker über die vielfältigen Möglichkeiten der dualen Ausbildung in Deutschland
122 zu informieren.

123 Im Studium wechseln Studierende häufig das Studienfach, ohne sich über die Möglichkeiten einer (dualen)
124 Ausbildung nach dem Abbruch des Studiums zu informieren. Während die Durchlässigkeit nach einer Aus-
125 bildung ein Studium aufzunehmen vorhanden ist, fehlen klare Möglichkeiten in der anderen Richtung. Viele
126 AbbrecherInnen eines Studiums vermissen einen praktischen Anteil, welcher bei der Ausbildung vorhanden

127 ist. Studierende, die über einen Abbruch nachdenken, müssen deshalb gezielt Informationen zu Ausbildungs-
128 gängen und den dortigen Einstiegsmöglichkeiten erhalten. Das kann durch eine klare Informationspolitik an
129 den Universitäten und Hochschulen sichergestellt werden.

130 Wir fordern deshalb:

- 131 • Klare Kommunikationskonzepte für Schulen. Neben dem jährlichen Studieninformationstag an Gymna-
132 sien muss es einen Ausbildungsinformationstag geben. An diesem sollen SchülerInnen einen Überblick
133 über Ausbildungsberufe und mögliche Fortbildungen und spätere Arbeitsmöglichkeiten erhalten.
- 134 • Kooperationen zwischen Zentralen Studienberatungen und Ausbildungsbörsen der Bundesagentur für
135 Arbeit. Die Studienberatungen müssen sich öffnen und klarer benennen, welche Möglichkeiten eine
136 Ausbildung in Deutschland bietet. An Hochschulen mit besonders vielen StudienabbrecherInnen soll
137 die Bundesagentur für Arbeit gesonderte Informationsangebote bereitstellen.

138 Auch junge Menschen mit Beeinträchtigungen haben eine Chance verdient und damit ein Anrecht auf einen
139 Anstieg in die Berufsausbildung. Für Beschäftigte gibt es in der Sozialgesetzgebung klare Regelungen, um Ar-
140 beitsplätze mit Menschen mit Beeinträchtigungen zu besetzen. Diese verpflichtenden Regelungen gelten aller-
141 dings nicht für die Berufsausbildung. Für uns ist die Berufsausbildung der Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt.
142 Um inklusive Ansätze in der beruflichen Bildung zu verbessern, muss hierzu die gesetzliche Lage verbessert
143 werden.

144 Wir fordern deshalb:

- 145 • Eine Quote für Inklusionsstellen in der Berufsausbildung. Diese Quote soll sich an der für Beschäftigte
146 orientieren.
- 147 • Gleichzeitig muss die Ausgleichsabgabe so erhöht werden, dass zu wenige Auszubildende mit Beein-
148 trächtigungen mit einer erhöhten Abgabe belegt sind. Dadurch soll die Ausbildung schwerbehinderter
149 Menschen gefördert werden.

150 Nur mit diesen Forderungen kann die duale Berufsausbildung in Deutschland offen für alle sein, eine hohe
151 Qualität sicherstellen und fit für die Zukunft gemacht werden.

152

153 **Begründung**

154 erfolgt mündlich